

EIN PLÄDOYER FÜR DIE VORGESCHLAGENE GESETZESÄNDERUNG

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg spricht sich für die Einführung quotierter Wahllisten und Wahlkreisduos im Sinne des vorgelegten Entwurfes für ein Parité-Gesetz aus.

WARUM DAS UNGLEICHGEWICHT IN DER REPRÄSENTATION EIN POLITISCHES PROBLEM IST

Der Frauenpolitische Rat (FPR) vereint als Landesverband 22 Mitgliedsorganisationen aus ganz Brandenburg. Er vertritt insgesamt ca. 300.000 Wählerinnen im ganzen Land.

Die Aufgabe des FPR ist es, sicher zu stellen, dass die spezifischen Erfahrungen von Frauen als Querschnittsthema in allen Politikfeldern gleichermaßen berücksichtigt werden. Dafür ist es wichtig, dass Frauen in allen Politikfeldern vertreten sind, und zwar in einem Ausmaß, welches es ihnen erlaubt, Themen hörbar einzubringen.

Aus der Erfahrung des FPR streben Frauen, ebenso wie Männer, die Möglichkeit zu politischer Beteiligung an. Jedoch stellen Frauen trotz ihres 50%-Anteils an der Bevölkerung im Brandenburger Landtag derzeit nur rund 39% der Abgeordneten.

Der FPR hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf den Ebenen, die Frauen von der Aufnahme eines politischen Mandats abhalten, aktiv zu werden. Eine dieser Ebenen ist das Nominierungsverfahren im Vorfeld von Wahlen. Die Quotierung der Listen und die Einführung von Wahlkreisduos halten wir für geeignet, um das Ungleichgewicht in der Repräsentation von Frauen und Männern in der Landespolitik auszugleichen.

WARUM ES GESETZLICHER MAßNAHMEN BEDARF

Anreize schaffen: Unsere Erfahrungen als FPR haben gezeigt, dass Frauen, die sich in der Landespolitik engagieren möchten, deutlich seltener aktiv von Parteien und Netzwerken angesprochen und zu einer Kandidatur für ein Mandat oder Amt motiviert werden.

Dabei sind es meistens Frauen, die sich ehrenamtlich engagieren und für gute Zwecke einsetzen. Diese Frauen verfügen über ein hohes Potenzial und haben sich durch das

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Verena Letsch, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit | Charlottenstraße 121 | 14467 Potsdam

Telefon (0331) 280 35 81 | Fax (0331) 240 072

E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de | Internet: www.frauenpolitischer-rat.de

Ehrenamt viele Kenntnisse erworben. Trotzdem gibt es augenscheinlich zu wenig Anreize für Parteien, dieses Potenzial auszuschöpfen, indem sie die Frauen ansprechen und zu einer Kandidatur bewegen.

Die Erfahrung zeigt: freiwillige Quoten in Politik und Wirtschaft haben kaum positive Auswirkungen, verpflichtende Quoten hingegen schon. Ein Gesetz wird Verantwortungsträgerinnen und -träger dazu bewegen, auch Frauen anzusprechen und Anreize für ein Engagement als politische Mandatsträgerin zu schaffen.

Rahmenbedingungen verändern und gesellschaftlichen Wandel vorantreiben: Die schwierige Vereinbarkeit (ehrenamtlicher) politischer Tätigkeit mit der Berufstätigkeit und oft noch unbezahlter Pflegearbeit hält insbesondere Frauen davon ab, weitere zeitintensive Verpflichtungen einzugehen. Die Politikfelder, in denen diese Probleme verhandelt werden, werden jedoch nicht in den Fokus parlamentarischer Auseinandersetzungen gerückt. Oft werden die Debatten dazu in Zeiten geführt, in denen die Journalistinnen und Journalisten nicht mehr anwesend sind. Häufig werden Anträge zu diesen Fragen auch ohne Debatte abgestimmt und dann in die Ausschüsse verwiesen, in denen zwar eine fachlich gute Auseinandersetzung stattfindet, denen aber kaum öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung zuteilwird. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen würde eine intensivere Auseinandersetzung mit diesen Fragen im parlamentarischen Tagesbetrieb befördern.

PARITÄT ALS CHANCE

Wären Frauen in allen politischen Bereichen ebenso präsent wie Männer, würden frauenspezifische Belange als Querschnittsthema behandelt werden, die alle Politikbereiche durchziehen.

Das Land Brandenburg hat dabei auch die Chance, sich als Vorbild auch für die Kommunen zu profilieren. Denn in den Kommunen erlernen Menschen politisches Handeln. Kommunen sind die Keimzelle politischer Teilhabe. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, ist natürlich eine individuelle Entscheidung. Wenn jedoch Menschen aufgrund ihrer Eigenschaft, eine Frau zu sein, mit Beginn ihrer politischen Tätigkeit vermittelt bekommen, eine Karriere auf Landes- oder Bundesebene sei rein rechnerisch unwahrscheinlich, werden viele Frauen demotiviert von einer politischen Tätigkeit absehen.

Wenn sichergestellt werden soll, dass das Wahlergebnis in Brandenburg 2019 nicht dieselben desaströsen Auswirkungen auf die geschlechtliche Zusammensetzung des Parlaments hat wie

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.

Verena Letsch, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit | Charlottenstraße 121 | 14467 Potsdam

Telefon (0331) 280 35 81 | Fax (0331) 240 072

E-Mail: kontakt@frauenpolitischer-rat.de | Internet: www.frauenpolitischer-rat.de

die Bundestagswahl 2017, dann müssen bereits jetzt geeignete Gegenmaßnahmen getroffen werden, um dem mit dem Rechtsruck verbundenen Rückschritt eine neue Politik entgegenzusetzen.

Nicht nur Parteien können so attraktiver werden, auch Wahlen und Wahlkampf könnten neugestaltet werden, sodass die Wählerinnen und Wähler Brandenburgs von einer größeren Wahlfreiheit profitieren könnten.

Die Teilhabe von Frauen in der Politik ist nicht „irgendeine Frage von Frauen, die gerne Karriere machen wollen, sondern es ist eine Existenzfrage der Volkspartei“

Angela Merkel, 2018

Verena Letsch, 23.05.2018